

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit der Bauhöfe

**zwischen der Gemeinde Bammental,
vertreten durch Bürgermeister Holger Karl**

**der Gemeinde Gaiberg,
vertreten durch Bürgermeisterin Petra Müller-Vogel**

**und der Gemeinde Wiesenbach, vertreten durch
Bürgermeister Eric Grabenbauer**

Präambel

Die Gemeinden Bammental, Gaiberg und Wiesenbach (nachfolgend Partner oder Gemeinden genannt) verfolgen das Ziel im Bereiche der Bauhöfe zusammenzuarbeiten. Da in allen drei Gemeinden Bauhöfe in unterschiedlicher Größe bestehen, soll die Zusammenarbeit schrittweise ausgebaut und die erforderlichen Strukturen aufgebaut werden. Nach erfolgreicher Realisierung ist die Umwandlung in eine selbständige Organisations- und Rechtsform (z.B. Zweckverband) geplant.

Zu diesem Zweck werden in den kommenden Jahren durch die Gemeinde Bammental schrittweise Bauhofleistungen für die beiden Nachbarkommunen übernommen. Hierfür sind parallel die personellen und technischen Voraussetzungen aufzubauen. Die Gemeinde Bammental schafft hierzu entsprechende Personalstellen, die durch neu zugewinnende oder bestehende Mitarbeiter/innen zu besetzen sind. Für die Schaffung der technischen Voraussetzungen, erfolgt eine Übernahme der bestehenden Technik, sofern vorhanden und geeignet.

Die übernommenen Aufgaben werden im Rahmen der Leistungserbringung hinsichtlich Tätigkeiten, Zeit-/Ressourceneinsatz und Qualität dokumentiert und bilden die Grundlage für einen späteren Zusammenschluss in einer eigenständigen Rechtsform. Zur Gründung eines Zweckverbands ist neben der Erstellung einer Eröffnungsbilanz auch ein Wirtschaftsplan erforderlich. Aufgrund der Umlagefinanzierung ist der Erfolgsplan für alle drei Kommunen getrennt zu planen. Die hierfür erforderlichen Eingangsdaten (Leistungs- und Kostendaten) werden im Rahmen sukzessiven Aufgabenübernahmen erhoben und bilden das Gerüst für die formelle Umsetzung in eine gemeinsame Organisationseinheit.

Zur Erreichung dieses gemeinsamen Ziels schließen die Vertragskommunen eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung gemäß den §§ 25 ff des Gesetzes über die

kommunale Zusammenarbeit des Landes Baden-Württemberg (GKZBW) in der Fassung vom 16. September 1974 (GBl. S. 408, 1975 S. 460, 1976 S. 408). Zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 4. April 2023 (GBl. S. 137)

§ 1 Vereinbarungsgegenstand

Auf dem Gebiet der Gemeinden Bammental, Gaiberg und Wiesenbach führt die Gemeinde Bammental (erfüllende Gemeinde) Aufgaben eines kommunalen Bauhofs aus. Hierzu beauftragen die Gemeinden Gaiberg und Wiesenbach (abgebende Gemeinden) gem. § 25 Abs. 1 Satz 1 GKZ die Gemeinde Bammental.

§ 2 Aufgaben und Pflichten

1. Die Aufgabenübernahme erfolgt in Abstimmung zwischen der erfüllenden und der abgebenden Gemeinde. Vor der Übernahme von Aufgaben ist Einvernehmen über die Art, Umfang und Qualität der Leistungen, die Form der Leistungsdokumentation und Höhe der zu erwartenden Kostenerstattung zu erlangen. Ferner sind die personellen und technischen Voraussetzungen sicherzustellen.
2. Die Aufgabenübernahme kann sämtliche Leistungsbereiche des kommunalen Bauhofs umfassen:
 - Gestaltung und Pflege der Grünflächen
 - Unterhaltung der öffentlichen Straßen, Wege, Plätze und Gewässer mit regelmäßiger Kontrolle der Verkehrssicherheit
 - Winterdienst
 - Unterstützung bei Märkten und Veranstaltungen
 - Sonstiges: z.B. Spielplatzkontrollen, Mülleimerleerung, Friedhofsunterhaltung, Wasserrohrbrüche
 - Unterstützungsleistungen bei der Unterhaltung kommunaler Liegenschaften
 - Hilfs- und Unterstützungstätigkeiten
3. Die erbrachten Tätigkeiten sind in einer geeigneten Form zu dokumentieren. Die Tätigkeitsdokumentation umfasst mindestens Informationen zum Tätigkeitsdatum, zu den durchgeführten Tätigkeiten, zum Ort der Tätigkeitserbringung, den Personaleinsatzzeiten und den Einsatzdauern abrechenbarer Fahrzeuge/Maschinen/Geräte.

§ 3 Kostenerstattung

1. Die Aufgabenübernahme erfolgt auf Basis der Erstattung von Selbstkosten.
2. Die Selbstkosten werden anhand von Stundenverrechnungssätzen und belegbaren Einzelkosten ermittelt:
 - Personalkostenverrechnungssatz
 - Fahrzeug-/Maschinenkostenverrechnungssatz
 - Einzelkosten (tätigkeitsbezogene Material- und Fremdleistungskosten)
3. In den Personalkostenverrechnungssätzen sind folgende Kosten enthalten:
 - Kosten des ausführenden Personals (Personalkosten des Arbeitgebers)
 - Anteilige Leitungs- und Dispositionskosten, Personalverwaltungskosten
 - Anteilige Raumkosten
 - Anteilige Kosten für Hilfs- und Betriebsmittel
4. In den Fahrzeugkostenverrechnungssätzen sind folgende Kosten enthalten:
 - Direkte Kosten der eingesetzten Fahrzeuge und (Groß-)Maschinen (Abschreibungen, Versicherungen, Steuern, Versicherungen, TÜV, Kosten für Reparatur und Verschleiß, nutzungsabhängige Kosten)
5. Die Ermittlung der Verrechnungssätze nach Ziffer 3 und 4 erfolgt auf Basis von zurechenbarer Sollkosten und mittleren Jahreseinsatzzeiten. Die Verrechnungssätze sind jährlich nachzukalkulieren und auf dieser Basis fortzuschreiben.
6. Einzelkosten sind mittels (abgrenzbaren) Einzelbelegen nachzuweisen.

§ 4 Grundstücke, Gebäude

Die derzeitigen Immobilien der Bauhöfe bleiben im Eigentum der jeweiligen Gemeinde. Die (Mit-)Nutzung von Grundstücken und Gebäuden ist im Einzelfall zu vereinbaren. Für die Bereitstellung und Nutzung sind separate Nutzungsvereinbarungen bzw. Pachtverträge zu schließen.

§ 5 Bewegliches Anlagevermögen

Bei Übernahme vollständiger Leistungsbereiche i.S.v. § 2 Ziffer 2 soll durch die erfüllende Gemeinde die in der abgebenden Gemeinde vorhandene Gerätschaften, Ausstattung und Technik – soweit für die Arbeitsabläufe sinnvoll möglich – übernommen werden.

Die erfüllende Gemeinde erstattet den jeweiligen Zeitwert an die abgebenden Gemeinden.

§ 6 Sonstige Ausstattung und Material

Bei Übernahme vollständiger Leistungsbereiche i.S.v. § 2 Ziffer 2 stellt die abgebenden Gemeinde nicht bilanzierte Ausstattung und Verbrauchsmaterial zur Verfügung. Die Übergabe erfolgt gegen Kostenersatz.

§ 7 Finanzierung

Kostenerstattung nach § 3 werden monatlich nachfällig auf Grundlage der Tätigkeitsnachweise abgerechnet. Kostenerstattungen nach § 5 und 6 sind binnen 4 Wochen nach Vermögensübergang zu tätigen.

§ 8 Verpflichtungen der beteiligten Gemeinden

Die beteiligten Gemeinden verpflichten sich zur gegenseitigen Information und sonstigen vertragsdienlichen Unterstützung. Von wesentlichen Ereignissen haben sich die beteiligten Gemeinden jeweils unaufgefordert zu unterrichten. Sie werden diese Vereinbarung mit Wohlwollen ausstatten und nach den Regeln von Treu und Glauben erfüllen. Die erfüllende Gemeinde verpflichtet sich, den abgebenden Gemeinden jederzeit Einsicht in die Unterlagen zu gewähren, die im Zusammenhang mit der Erfüllung der Aufgaben stehen.

§ 9 Gemeinsamer Ausschuss (Bauhof-Ausschuss)

Die Gemeinden bilden einen gemeinsamen Ausschuss nach § 25 Abs. 3 Nr. 1 GKZ (Bauhof-Ausschuss). Dieser berät alle Bauhofangelegenheiten vor, die vom Gemeinderat oder einem beschließenden Ausschuss der Gemeinde Bammental zu entscheiden sind.

Aufgabe des gemeinsamen Ausschusses ist insbesondere die strukturelle Fortentwicklung mittels sukzessiver Übernahme von Bauhofaufgaben durch den Bauhof Bammental. Im weiteren Verlauf soll der Bauhof-Ausschuss die infrastrukturelle und organisatorische Zusammenlegung bzw. Umwandlung in eine selbständige Organisations- und Rechtsform (z.B. Zweckverband) vorbereiten.

§ 10 Beitritt weiterer Gemeinden

Die Übernahme der Aufgaben des Bauhofs durch weitere Gemeinden kann durch eine einvernehmliche Ergänzung dieser Vereinbarung erfolgen.

§ 11 Laufzeit und Kündigung

1. Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung tritt zum 01.07.2024 in Kraft und wird ohne Befristung geschlossen.
2. Eine Kündigung ist frühestens nach Ablauf von 3 Jahren mit einer Frist von 24 Monaten zum Ende eines Kalenderjahres möglich. Wird die Vereinbarung gekündigt, und wird zwischen den Vertragspartnern keine neue Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben des Bauhofes abgeschlossen, so verpflichten sich die Vertragspartner, das vorhandene Anlagevermögen und Personal durch Maßnahmen zur Entflechtung zu trennen.

§ 12 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam sein oder werden, so wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Vereinbarung nicht berührt. Die beteiligten Gemeinden werden in einem solchen Fall die unwirksamen Bestimmungen durch solche ersetzen, die dem sachlichen und wirtschaftlichen Inhalt der unwirksamen Bestimmungen soweit wie möglich entsprechen. Dasselbe gilt, soweit die Vereinbarung lückenhaft sein sollte oder wenn sich während der Laufzeit der Vereinbarung ergibt, dass die Vereinbarung durch weitere Bestimmungen ergänzt werden muss.

§ 13 Schriftform

Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform und müssen den gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

§ 14 Datenschutz

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt nur im erforderlichen Umfang zur Erfüllung der in dieser Vereinbarung festgelegten Aufgaben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bauhofs sind zur Geheimhaltung verpflichtet.

§ 15 Schlussbestimmungen

Diese Vereinbarung bedarf nach § 25 Abs. 5 GKZ der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde. Die Vereinbarung ist mit der rechtsaufsichtlichen Genehmigung von allen drei Gemeinden öffentlich bekanntzumachen. Sie tritt am Tag nach der letzten öffentlichen Bekanntmachung, frühestens jedoch am _____ in Kraft.

Bammental, den [Datum] gez. [Holger Karl, Bürgermeister]

Gaiberg, den [Datum] gez. [Petra Müller-Vogel, Bürgermeisterin]

Wiesenbach, den [Datum] gez. [Eric Grabenbauer, Bürgermeister]

Hinweis:

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung wurde vom Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis als Rechtsaufsichtsbehörde mit Schreiben vom _____ genehmigt. Sie wurde in der Gemeinde Bammental am _____, in der Gemeinde Gaiberg am _____ und in der Gemeinde Wiesenbach am _____ öffentlich bekanntgemacht. Die Vereinbarung tritt daher am _____ in Kraft.